

Wahlkreistag Hagen – Ennepe- Ruhr-Kreis I

Dokumentation des zweiten Wahlkreistages am 04. November 2023



Inhalt:

1	Überblick.....	2
1.1	Das sagen die Teilnehmenden (Auszug).....	3
1.2	Zu dieser Dokumentation.....	3
2	Das Projekt Hallo Bundestag.....	4
3	Ergebnisse des Wahlkreistages.....	5
3.1	Begrüßung und Kennenlernrunde.....	5
3.2	Erste Gruppenphase am Vormittag.....	6
3.3	Auswahl von Themen im Plenum.....	7
3.4	Gruppenphase am Nachmittag und Diskussion mit den Abgeordneten.....	8
3.4.1	Kleingruppe 1: Soziale Gerechtigkeit / Migration / Rente.....	10
3.4.2	Kleingruppe 2: Soziale Erziehung & verpflichtendes soziales Jahr.....	12
3.4.3	Kleingruppe 3: Neustart Bildung.....	14
3.5	Abschlussrunde (Auszug).....	16
4	Ausklang und „Wie geht es weiter?“.....	17

1 Überblick

Am 04. November 2023 fand von 10 bis 17 Uhr im Rahmen des Projekts *Halo Bundestag – Gewählt. Gelost. Gemeinsam. Wahlkreisräte für die Demokratie* der zweite Wahlkreistag im Wahlkreis Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I statt.

28 zufällig aus den Melderegistern des Wahlkreises ausgeloste Menschen zwischen 12 und 85 Jahren fanden sich im Arcadeon in Hagen ein. Das Thema, unter dem die Menschen eingeladen wurden, lautete in dieser Phase: „Der Staat und wir – ein Geben und Nehmen?“.

In der ersten Phase des Tages fand in Kleingruppen ein Austausch darüber statt, wo den Teilnehmenden im Alltag Unterstützung begegnet, wo sie andere unterstützen oder sich für etwas einsetzen und wo ihnen Unterstützung fehlt. Ziel war es auch, sich darüber auszutauschen, welche Rolle hierbei der Staat spielen sollte. Wo fehlt es an staatlicher Unterstützung? Wo sollte der Staat anders unterstützen? Und wo übernimmt der Staat Aufgaben, die eigentlich in der Verantwortung der Gesellschaft liegen sollten? Die Teilnehmenden erarbeiteten in ihren Gruppen Themen, die sie am Nachmittag weiter diskutieren wollten. In einer zweiten Kleingruppenphase nach dem Mittagessen wurde eine Auswahl dieser Themen dann weiterbearbeitet und diskutiert.

Am Nachmittag schalteten sich die Abgeordneten des Wahlkreises Katrin Helling-Plahr (FDP) und Janosch Dahmen (Grüne) digital dazu, die aus gesundheitlichen und terminlichen Gründen leider nicht anwesend sein konnten. Der direkt gewählte Abgeordnete Timo Schisanowski (SPD) hatte sich für den Ausklang des Wahlkreistags angekündigt, da parallel eine wichtige Parteiveranstaltung im Wahlkreis stattfand.

Abbildung 1 enthält eine Übersicht darüber, wie viele Personen für den Wahlkreistag ausgelost wurden, wie viele dieser Personen zugesagt und wie viele am Tag selbst tatsächlich teilgenommen haben. Einige Ausgeloste mussten aufgrund von Krankheit kurzfristig ihre Teilnahme absagen. Auffällig ist – ebenso wie in Phase 1 und verglichen mit den Erwachsenen – die hohe Rückmeldequote unter Jugendlichen im Wahlkreis. Einer der 21 anwesenden Erwachsenen war stellvertretend für seine ausgeloste Tochter da, der aufgrund ihrer Schwerbehinderung die Teilnahme an einem solchen Tag nicht möglich gewesen wäre. So war es möglich, auch ihre Perspektive einzubringen.

	Ausgeloste Personen	Zusagen	Teilnahmen
Jugend (12-17 J.)	16	8	7
Erwachsene	295	24	21

Abb. 1 Übersicht Losverfahren

1.1 Das sagen die Teilnehmenden (Auszug)

„Ich bin der Meinung, dass sich trotz unterschiedlicher Altersstrukturen und Ansichten der Teilnehmenden am Wahlkreistag ein Konsens ableiten ließ, der den Zusammenhalt der Gemeinschaft widerspiegelt.“ – *Jana B.*

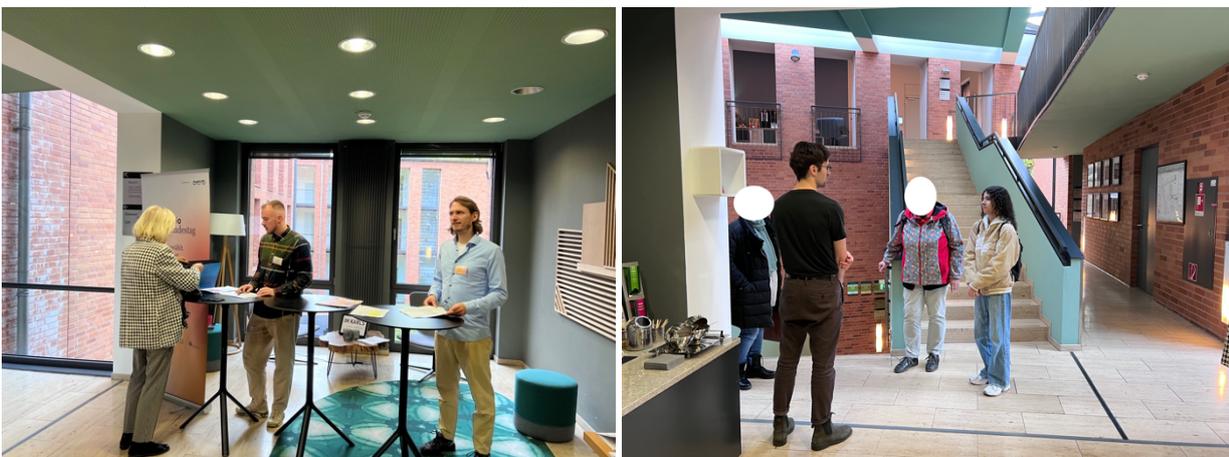
„Der Wahlkreistag hat meine Erwartungen um ein Vielfaches übertroffen - Demokratie wird dann gelebt, wenn unter toller, professioneller Betreuung & Moderation dreißig völlig unterschiedliche Personen zusammenkommen, um gleichberechtigt über aktuelle Themen zu debattieren und aufgrund ihrer vielfältigen Erfahrungswerte gemeinsam ein Lösungsvorschlag erarbeitet wird, welcher anschließend im direkten Austausch mit Politiker:innen aus unserem Wahlkreis vorgetragen und besprochen wurde. Es war ein spannender, interessanter, äußerst kurzweiliger Tag, an dem jede:r Teilnehmer:in wichtigen Input geliefert hat und so produktiv zum Ergebnis beitragen konnte.“ – *Jonas E.*

„Wenn du keine Lust auf Politik hast, dann musst du dort hingehen – zum Wahlkreistag. Es ist wichtig, dieses Format anzubieten, um den Wählern Politik greifbarer zu machen.“ – *Sebastian K.*

1.2 Zu dieser Dokumentation

Nach einer kurzen Beschreibung des Gesamtprojekts (Abschnitt 2) gibt diese Dokumentation die Ergebnisse des Tages entlang des Prozesses wieder (Abschnitt 3). Dabei gliederte sich der Tag in folgende Schritte:

1. Begrüßung und Kennenlernrunde
2. Erste Gruppenphase am Vormittag
3. Themenfestlegung für den Nachmittag
4. Gruppenphase am Nachmittag inklusive Diskussion mit den Abgeordneten
5. Abschlussrunde



2 Das Projekt Halo Bundestag

Halo Bundestag verfolgt das Ziel, den Austausch zwischen gewählten Vertreter:innen im Bundestag und gelosten Einwohner:innen aus deren Wahlkreisen langfristig zu stärken. Der Slogan *Gewählt. Gelost. Gemeinsam* macht diese Vision deutlich und hebt insbesondere das Gemeinsame hervor, das für das Projekt zentral ist und das in Bürger:innenräten oftmals zu kurz kommt.

Dafür veranstalten wir in sechs Wahlkreisen in drei Phasen jeweils sogenannte [Wahlkreistage](#). Das sind eintägige Workshops mit zufällig aus dem Melderegister gezogenen Menschen aus einem Wahlkreis sowie den Abgeordneten, die für diesen Wahlkreis direkt oder über Parteiliste in den Bundestag gewählt sind. Das Losverfahren ist in mehrfacher Hinsicht ausschlaggebend für die Sicherung der Vielfalt der Teilnehmenden:

- Wir losen aus den Melderegistern: Alle Menschen, die dort gemeldet sind, unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Wahlrecht, können ausgelost werden.
- Wir nutzen in all unseren Prozessen das [Aufsuchende Losverfahren](#). Dieses stellt sicher, dass diejenigen kommen, die der Zufall ausgelost hat. Wir losen datensparsam aus und besuchen diejenigen, die nicht auf den Einladungsbrief antworten, zu Hause.
- Wir losen ab 12 Jahren aus, um insbesondere Jugendliche, die zwar am längsten von den heute getroffenen Entscheidungen betroffen sind, jedoch noch nicht wählen dürfen, einzubinden.

In der zweiten Projektphase, in der hier dokumentierte Wahlkreistag stattfand, wurde bei den Wahlkreistagen das Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat diskutiert. In der ersten Phase drehten sich die Wahlkreistage noch um die Beziehung der Menschen in den Wahlkreisen zu ihren Abgeordneten im Bundestag und der Bundespolitik insgesamt. In der dritten Phase, die im Frühjahr 2024 folgt, wird in jedem Wahlkreis ein anderes Thema behandelt, das mit den Abgeordneten abgestimmt wird.

Alle Teilnehmenden der Wahlkreistage können in den sogenannten [Wahlkreisrat](#) eintreten. Der Wahlkreisrat als Gruppe von Menschen mit diversen Perspektiven dient unter anderem dazu, Abgeordneten kurzfristig Feedback zu wichtigen (bundespolitisch) relevanten Themen zu geben und so die Beziehung zwischen Abgeordneten und Menschen im Wahlkreis langfristig zu stärken.

Weitere Infos unter: <https://hallobundestag.de/das-projekt-hallo-bundestag>.

3 Ergebnisse des Wahlkreistages

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse des Wahlkreistages in Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I am 04. November 2023 zusammengetragen. Der Tag gliederte sich grob in zwei Arbeitsphasen in Kleingruppen am Vor- und am Nachmittag sowie eine anschließende Diskussion mit den Abgeordneten.

3.1 Begrüßung und Kennenlernrunde

Nach einem herzlichen Empfang im Arcadion begann der Wahlkreistag offiziell mit einem gegenseitigen Kennenlernen. Zunächst stellte das Team kurz das Projekt *Halo Bundestag* und den Ablauf des Tages vor. Dann bekamen auch die Teilnehmenden Raum, sich in Zweier- oder Dreiergruppen kennen zu lernen und anschließend im Plenum kurz etwas zu sich zu erzählen. Dabei wurden Reaktionen auf den Erhalt des Einladungsbriefes zum Projekt geteilt. Bis auf bei den Jugendlichen hatte kaum jemand auf den ersten Brief reagiert. Häufig waren der zweite Brief und eine anschließende Recherche oder ein Gespräch mit Freund:innen und Verwandten notwendig, um die Skepsis auszuräumen. Viele Äußerungen in der Kennenlernrunde zeigten, wie viel Unzufriedenheit mit der Politik herrscht – gleichzeitig sagten viele dann doch aufgrund einer Mischung aus Neugier und Verantwortungsgefühl zu. Bei einem Jugendlichen war ausschlaggebend, dass sein Klassenkamerad am letzten Wahlkreistag teilgenommen hatte.



Als Grundlage für die Gespräche am Wahlkreistag stand den Teilnehmenden ein **Begleitheft** zur Verfügung, um unabhängig vom Vorwissen der Teilnehmenden eine geteilte Wissensbasis herzustellen.

Das Heft wurde von Es geht LOS erstellt und so einfach und neutral wie möglich formuliert. Um Neutralität sicherzustellen, wurden verschiedene Expert:innen aus Forschung, Zivilgesellschaft und von anerkannten Institutionen, die zum Themenfeld arbeiten, um eine Überprüfung gebeten. Auch ehemalige Teilnehmende von Wahlkreistagen sowie Jugendliche gaben Feedback zu Inhalt und Verständlichkeit. Die Hefte wurden zu Beginn ausgeteilt. Jede:r Teilnehmende hatte ein personalisiertes Heft, das neben Wissen zum Thema auch als Begleiter durch den Tag angelegt war und die verschiedenen Prozessschritte enthielt.



Mehr Informationen zur Erstellung sowie das Heft zum Download sind unter diesem [Link](#) verfügbar.

3.2 Erste Gruppenphase am Vormittag

Die erste Kleingruppenphase zielte darauf ab, über persönliche Erfahrungen und Bezüge der Teilnehmenden einen Einstieg in das Thema „Der Staat und wir – ein Geben und Nehmen?“ zu finden.

Zum Einstieg in das Thema diente eine Übung des „Aktiven Zuhörens“ mit vorbereiteten Fragen, wie bspw.: „Wann wurdest du schon einmal unterstützt?“, oder: „Gibt es etwas, bei dem du dankbar bist, dass sich andere dafür einsetzen?“. Während eine Person Fragen stellte, durfte die andere antworten, ohne unterbrochen oder in ihren Aussagen kommentiert zu werden. Nach 10 Minuten sollte die zuhörende Person kurz zusammenfassen, was sie gehört und verstanden hatte, dann wurde getauscht. Die Methode unterstützt eine achtsame Kommunikation, die auf das Verstehen anderer ausgelegt ist. Diese Art der Kommunikation prägte die Gesprächsatmosphäre des gesamten Tages zwischen den Teilnehmenden.



Im Anschluss an die Übung des Aktiven Zuhörens sollten die Zweierpaare über die Inhalte ihres Gesprächs diskutieren und sich auf ein Thema bzw. Beispiel einigen, das sie gerne in der Kleingruppe weiter diskutieren wollten. Als Kriterium galt hierbei, welches Thema oder Beispiel besonders relevant für die Diskussion am Nachmittag mit den Abgeordneten sein könnte, weil die Politik diesbezüglich ihr Handeln verändern müsse.

Die von den Zweierpaaren eingebrachten Themen wurden in der Kleingruppe anhand einer Skala mit den Polen „Ich“ versus „Staat“ diskutiert. Die Teilnehmenden wurden aufgefordert, kleine Holzfiguren in Form ihres Wahlkreises auf der Skala zu positionieren, um kenntlich zu machen, bei wem ihrer Ansicht nach die Verantwortung für das diskutierte Thema liegen sollte. Während der darauffolgenden Diskussion durften die Teilnehmenden ihre Figuren umstellen, wenn sich ihre Haltung änderte oder sie neue Perspektiven auf die Frage gewannen.

In den insgesamt fünf Kleingruppen wurden die folgenden Themen diskutiert, wobei jedes Thema einer Zweiergruppe entspringt (Dopplungen sind zusammengefasst): „Rente / Altersarmut“, „Integration, Inklusion, Respekt“, „Schließung der Krankenhäuser“, „Soziale Erziehung“, „Bildung“, „Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Bedürftigen“, „Wertschätzung für Gemeinwohl“, „Verteilungs- und soziale Gerechtigkeit“, „Ehrenamt stärken“, „Krieg, Verteidigung“.

Zum Abschluss der ersten Kleingruppenphase sollte sich die Gruppe auf eines der Themen einigen, die durch die Zweierpaare eingebracht wurden. So brachte am Ende jede Gruppe ein Thema mit ins Plenum, das sie am Nachmittag mit den Abgeordneten weiter diskutieren wollte.

3.3 Auswahl von Themen im Plenum

Im Plenum wurden vor der Mittagspause die fünf Themenfavoriten der Kleingruppen für die weitere Diskussion am Nachmittag vorgestellt. Die Herausforderung bestand darin, die Favoriten auf drei Themen zu reduzieren. Ähnliche Themen wurden zusammengelegt und die Teilnehmenden ordneten sich nach Interesse zu. Nach einer 15-minütigen Diskussion und Aufstellung im Raum wurden Kleingruppen für den Nachmittag zu den folgenden drei Themen gebildet:

1. Soziale Gerechtigkeit / Migration / Rente
2. Soziale Erziehung und integriertes soziales Jahr
3. Neustart Bildung



3.4 Gruppenphase am Nachmittag und Diskussion mit den Abgeordneten

In der zweiten Kleingruppenphase am Nachmittag lag der Fokus zunächst darauf, innerhalb der Themen das Problem genauer zu definieren, für welches sich die Teilnehmenden ein verändertes Handeln des Staates und/oder der Gesellschaft wünschten. Anhand eines digitalen Plakats sollte erarbeitet werden, welche Ideen den Teilnehmenden einfielen, um das Problem zu lösen. Dabei wurden sowohl Ideen entwickelt, die der Staat bzw. die Regierung und das Parlament umsetzen müssten, als auch Ideen, wie sich das Problem durch das Engagement Einzelner beziehungsweise der Zivilgesellschaft mindern ließe. Am Ende der zweiten Kleingruppenphase wurden Rollen für die Diskussion mit den Abgeordneten verteilt. Es sollte möglichst jede:r aus der Gruppe in der Diskussion zu Wort kommen und entweder das Problem, persönliche Erfahrungen hinter dem Problem oder mögliche Lösungsideen auf Seiten des Staates oder der Zivilgesellschaft vorstellen.



Nach der Arbeit in Kleingruppen wurden Katrin Helling-Plahr (FDP) und Janosch Dahmen (Bündnis 90/Die Grünen) digital hinzugeschaltet, sowie jeweils ein Mitarbeiter aus den drei Abgeordnetenbüros vor Ort begrüßt. Die Abgeordneten sowie der Mitarbeiter von Timo Schisanowski (SPD) stellten sich zum Einstieg gegenseitig Fragen, die auch die Teilnehmenden am Vormittag besprochen hatten. Dafür zogen die anwesenden Mitarbeiter aus den Abgeordnetenbüros aus einem Topf zufällig eine der Fragen.

Katrin Helling-Plahr entschuldigte sie zunächst, dass sie aufgrund von Krankheit nicht in Präsenz dabei sein konnte. Auf die Frage, ob es ihr als Privatperson schon einmal an Unterstützung gefehlt habe, antwortete sie, dass vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Herausforderung sei, insbesondere während der Sitzungswochen. Der Mitarbeiter von Herrn Schisanowski bekam die Frage gestellt, ob er sich als Privatperson schon einmal für andere Menschen eingesetzt habe. Er berichtete von seinem Sitz im Gemeinderat und der Arbeit in der freiwilligen Feuerwehr. Zuletzt wurde Herr Dahmen gefragt, ob er als Privatperson schon einmal vom freiwilligen Engagement anderer einen Nutzen gehabt habe. Er erzählte von einem schweren Unfall, den er im Sommer erlitten hatte. Erste Hilfe sei damals von der freiwilligen Feuerwehr geleistet worden.



Anschließend hatte jede der drei Themengruppen die Gelegenheit, den Abgeordneten ihre Ergebnisse anhand der digitalen Plakate vorzustellen und diese gemeinsam zu diskutieren. Nach der Vorstellung der Ergebnisse (s.u.) bekamen die Abgeordneten jeweils anderthalb Minuten Zeit, sich zu den Ergebnissen zu positionieren. Sie wurden von der Moderation aufgefordert, zu erklären, wo sie den Bundestag und damit auch sich selbst in der Verantwortung sehen, die vorgestellten Ideen umzusetzen. Die Teilnehmenden aus der Kleingruppe stellten Nachfragen und gaben Rückmeldung dazu, ob ihnen ausreichte, was die Abgeordneten zugesagt hatten. Andere Teilnehmende konnten einen leeren Stuhl im inneren Kreis einzunehmen, falls ihrer Ansicht nach eine wichtige Position oder Perspektive auf das Thema fehlte, zum Beispiel weil entsprechende Personengruppen in der Kleingruppe oder beim Wahlkreis nicht anwesend waren.



Im Folgenden werden die Ergebnisse der drei Gruppen samt digitaler Pinnwand nacheinander beschrieben.

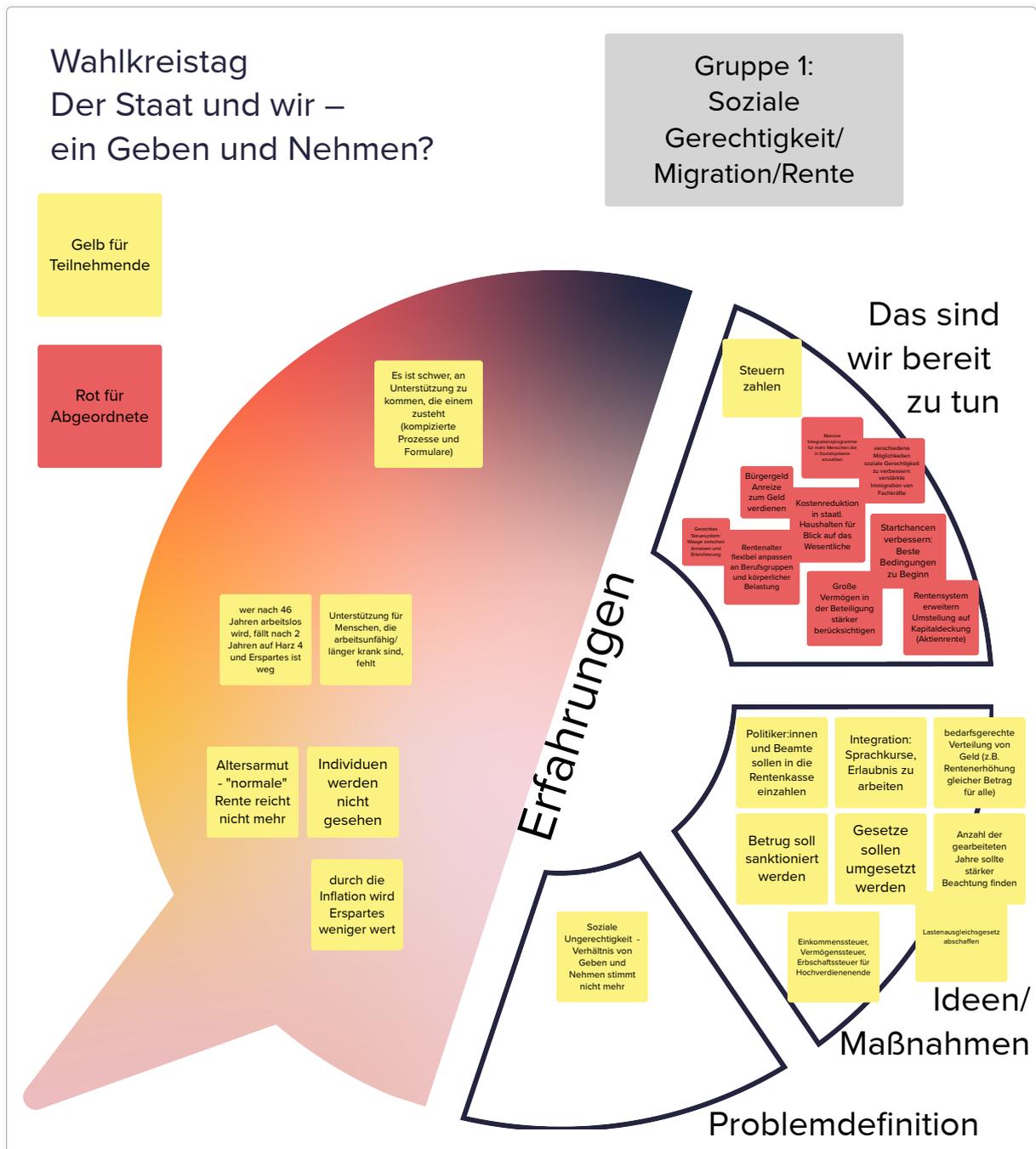
3.4.1 Kleingruppe 1: Soziale Gerechtigkeit / Migration / Rente

Die Gruppe formulierte das Ausgangsproblem der sozialen Ungerechtigkeit so, dass das, was die in Deutschland lebenden Menschen geben und das, was sie vom Staat dafür zurückbekommen, nicht mehr im Verhältnis zueinander stünden. Dies sei besonders am Beispiel Rente sichtbar: Viele zahlten ein Leben lang in die Rentenkasse ein und hätten am Ende doch nicht genug, um davon zu leben zu können. Ebenfalls offensichtlich sei es am Beispiel Migration, wo Neuankömmlinge in Deutschland von der Allgemeinheit versorgt werden müssen, ohne dass sie selbst einen Beitrag leisten könnten, weil sie zu lange auf ihre Arbeitserlaubnis warten müssten.

Junge Teilnehmende äußerten hier ihre persönliche Sorge, nun für die Rente der Babyboomer aufkommen zu müssen, ohne zu wissen, ob die eigene Rente später ausreichen werde. Gleichzeitig berichteten ältere Teilnehmende von ihrer kleinen Rente, von der sie in Zeiten hoher Inflation immer weniger leben könnten, während von prozentualen Rentenerhöhungen vor allem jene mit einer bereits hohen Rente profitierten. Außerdem fehle es an Unterstützung für Menschen, die arbeitsunfähig oder länger krank seien, auch weil es durch komplizierte Formulare und Prozesse so schwer sei, entsprechende Unterstützung zu bekommen. Es bestand Einigkeit darüber, dass die primäre Pflicht/der Beitrag der Bevölkerung zu diesem Problem durch das Bezahlen von Steuern bereits erfüllt sei.

Maßnahmen, die die Gruppe vorschlug, waren einerseits eine höhere Besteuerung von Reichen, die Erweiterung des Kreises der Einzahlenden in die Rentenkasse um bspw. Beamt:innen und eine Beschleunigung der Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Migrant:innen, während gleichzeitig Sozialbetrug im Bereich Migration stärker sanktioniert werden solle. Auf die Frage angesprochen, wo er hier eine Verantwortung der Politik sehe, bestätigte Herr Dahmen, dass er die Problembeschreibung teile: Große Vermögensungleichheiten bei gleichzeitigem demografischem Wandel erforderten krasse gesellschaftliche Veränderungen. Ein wichtiges Handlungsfeld hier sei die Entlastung junger Menschen, indem systematisch bessere Möglichkeiten für Einwanderung in den Arbeitsmarkt geschaffen werden, der unter dem Fachkräftemangel leide. Er hob hervor, wie wichtig es sei, nun eine politische und gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit dem demografischen Wandel zu führen. Hierzu gehöre bspw. auch eine Flexibilisierung des Renteneintritts: Menschen in körperlich besonders anstrengenden Berufen könnten bspw. früher zu vollen Bezügen in Rente gehen, während Menschen mit körperlich weniger anstrengenden Jobs länger arbeiten.

Auch Frau Helling-Plahr betonte, dass sich der Staat mehr auf das Wesentliche konzentrieren müsse, indem er Aufstiegschancen und Bildungsdurchlässigkeit fördert. Denn hierdurch lasse sich soziale Gerechtigkeit schaffen. Ein weiteres Handlungsfeld des Staates sehe sie in der Kombination der Reform der Bürgergelds mit einer Anpassung des Steuersystems. Beides müsse das Ziel verfolgen, Menschen zu unterstützen, zu entlasten und zugleich die Anreize zum Geldverdienen zu erhalten. Ansonsten setze sie sich als Politikerin für die Aktienrente ein, bei der künftige Renten durch gezielte Investitionen am Markt gedeckt werden könnten.



3.4.2 Kleingruppe 2: Soziale Erziehung & verpflichtendes soziales Jahr

Die Problembeschreibung der zweiten Gruppe setzte bei der Beobachtung an, dass wir uns in einer egoistischen Gesellschaft befänden. Es gebe insgesamt zu wenige Möglichkeiten, um schlechtes Verhalten zu sanktionieren – als offensichtliches Beispiel wurde hier der Umgang miteinander in sozialen Medien benannt. Doch auch in Schulen seien Mobbing und Ausgrenzung an der Tagesordnung, wie manche der Jugendlichen berichteten. Ein Teilnehmer, der im Handwerk in der Ausbildung arbeitet, beobachtete andererseits eine geringe Kritikfähigkeit bei jungen Menschen.

Die Teilnehmenden sahen sich selbst zum Teil mit in der Verantwortung, einen Beitrag für ein besseres gesellschaftliches Miteinander zu leisten, z. B. indem sie sich für Leute engagieren, die Hilfe benötigten und denen Ungerechtigkeit widerfahre. Das könne durch Nachbarschaftshilfe geschehen, aber auch durch spontanes Eingreifen bei Vorfällen auf der Straße oder der Schule.

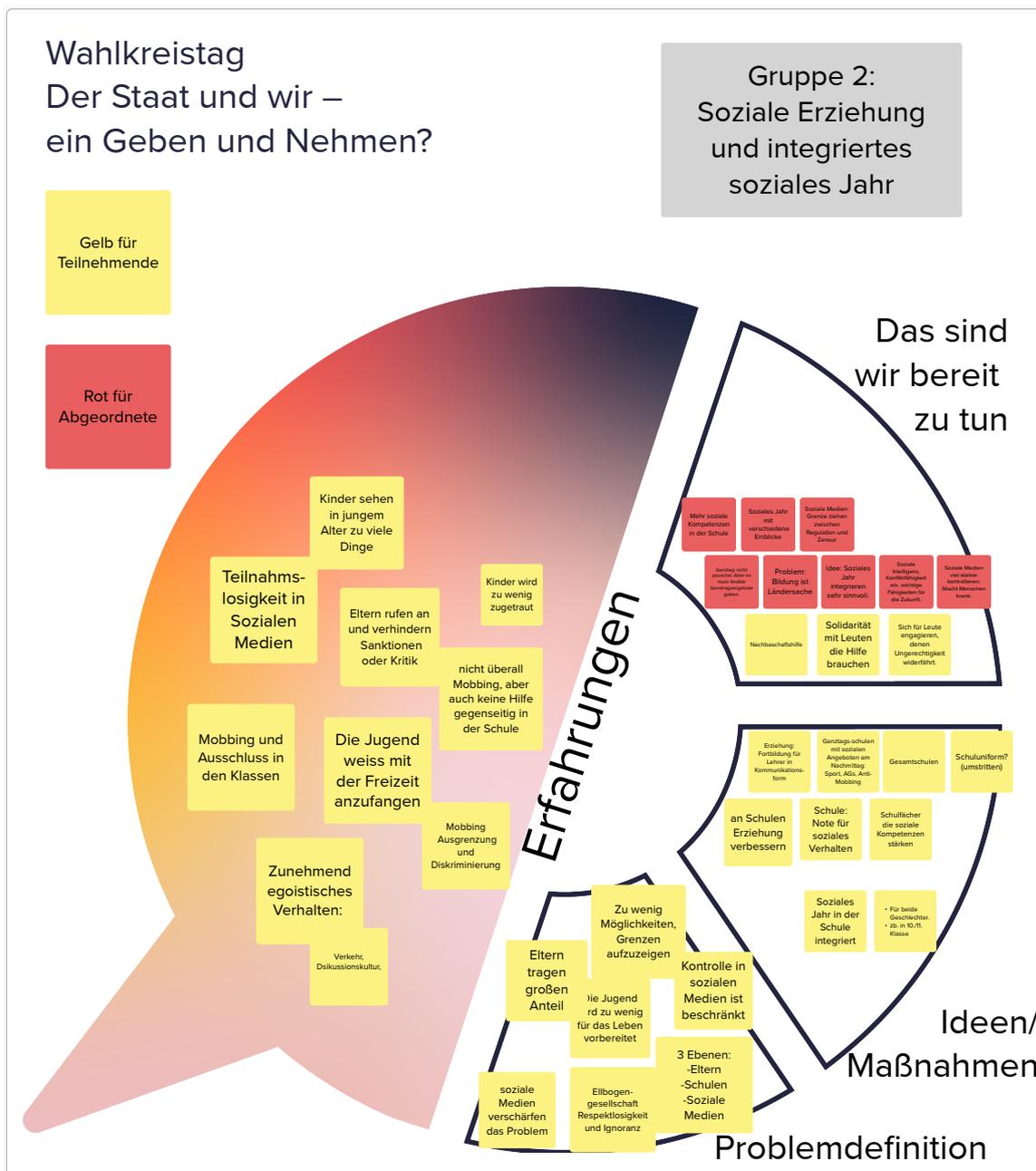
An die Politik richteten sich jedoch gleich mehrere Maßnahmenvorschläge. Einer davon war für diese Gruppe zentral: Ein verpflichtendes soziales Jahr, das in die Schulzeit integriert werden sollte – auch wenn sich diese dadurch verlängern sollte. Die Idee war aus der generationenübergreifenden Zusammenarbeit von Schüler:innen, (Groß-)Eltern und Kinderlosen entstanden, die beim Wahlkreistag anwesend waren. Desweiteren sollten soziale Themen an Schulen insgesamt mehr Raum erhalten, bspw. im Unterricht selbst, aber auch durch eine Benotung sozialen Verhaltens. Auch Ganztagschulen und Gesamtschulen sollten verstärkt gefördert werden, da hier soziale Angebote und Betreuung am Nachmittag realisiert werden könnten, um die „Kids von der Straße zu holen“. Insgesamt könne an jenen Schulen der gemeinschaftliche Austausch besser gefördert werden als an anderen Schulformen.

Danach gefragt, was sie von diesen Maßnahmen hielte, widersprach Frau Helling-Plahr zunächst der zugrundeliegenden Beschreibung einer vermeintlich egoistischen Gesellschaft. Es gebe große Probleme, doch diese Beschreibung sei ihr zu pauschal. Das integrierte soziale Jahr sei zwar charmant und die Erfahrungen, die mit einem solchen einhergingen, wertvoll, doch habe sie Bauchschmerzen dabei, durch eine Verpflichtung junge Menschen zu bevormunden. Letztlich würde es auf die Umsetzung ankommen. Sie erinnerte die Teilnehmenden daran, dass Bildung Ländersache sei. Doch sie wisse von ihren Kindern, dass es bereits schulische Angebote für das Erlernen von Sozialverhalten gebe. Ganztags- und Gesamtschulen seien hier wichtige Bausteine, aber letztlich seien es die Eltern, die entscheiden müssten, auf welche Schule die Kinder gehen – eine Verpflichtung auf eine bestimmte Schulform lehne sie ab. Gleichwohl müsse der Staat sicherstellen, dass es genügend flexible Ganztagsangebote gebe.

Janosch Dahmen ergänzte, dass durch Künstliche Intelligenz die Bedeutung quantitativen Lernens wohl ohnehin abnehmen werde. So werde im Unterrichtsplan Platz für soziale Themen entstehen, die ohnehin in Zukunft viel wichtiger werden würden. Ein verpflichtendes, integriertes soziales Jahr befürworte er ebenso wie die Ausweitung vom Erlernen von Sozialkompetenzen in der Schule.

Viele der Teilnehmenden berichteten zudem von der Erfahrung, dass der digitale Raum viele der genannten Probleme noch einmal verstärkte. Hier böte sich Mobbenden eine Plattform und Kinder würden bereits in jungem Alter mit vielen problematischen Inhalten konfrontiert. An die Politik richteten sie den Wunsch, die Kommunikation hier noch stärker zu kontrollieren und schädigendes Verhalten zu sanktionieren.

Herr Dahmen stimmte zu, dass soziale Medien stärker kontrolliert werden müssten, da sie die Spaltung der Gesellschaft verstärkten und dadurch insgesamt gesundheits- und demokratiegefährdend seien. Frau Helling-Plahr hielt dagegen und erinnerte daran, dass wir bereits viele Rechtsvorschriften für soziale Medien haben. In ihren Augen werden Straftaten in den sozialen Medien genügend verfolgt, wenn sie zur Anzeige gebracht werden. Die Meinungsfreiheit sei ein hohes Gut und müsse auch in den sozialen Medien geschützt werden.



3.4.3 Kleingruppe 3: Neustart Bildung

Gruppe 3 forderte einen Neustart in der Bildungspolitik, ausgehend von der Beobachtung des schlechten Zustands und der Unterfinanzierung deutscher Schulen: Lehrer:innenmangel, Überforderung des Personals, Renovierungsstau und schlechte (technische) Infrastruktur waren ein paar der genannten Probleme. Verstärkt werde dies einerseits durch Ungerechtigkeiten zwischen den Bundesländern, die zwar für Bildungspolitik zuständig sind, aber über unterschiedliche Ressourcen verfügen. Auch der finanzielle und akademische Hintergrund der Eltern entscheide immer noch mit über die Bildungschancen ihrer Kinder. Gleichzeitig berichteten anwesende Schüler:innen von einer Notenverschlechterung bei vielen in ihrem Umfeld aufgrund von Corona, zumal verpasster Lehrstoff nicht wieder aufgeholt würde.

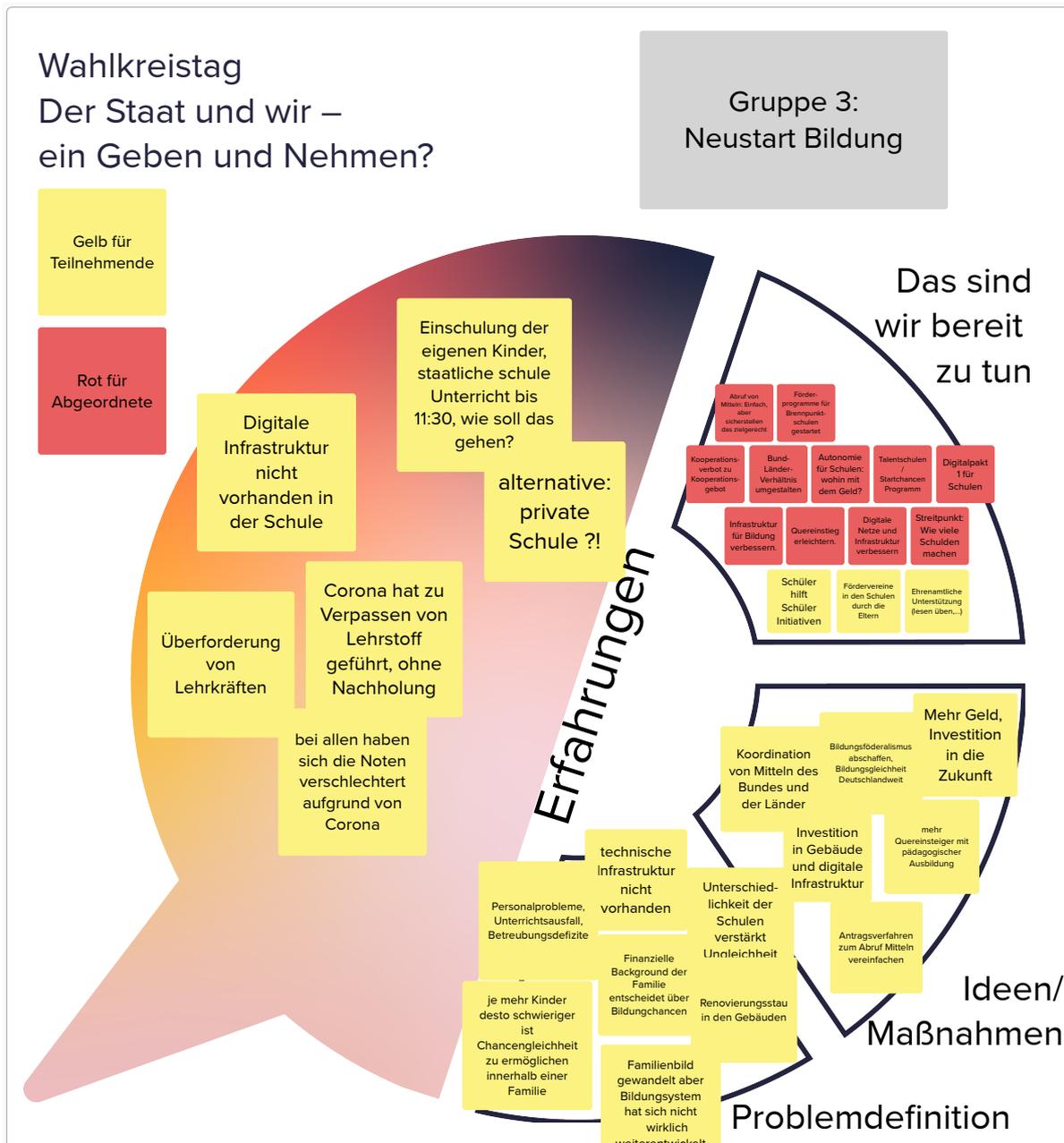
Eine zentrale Maßnahme, die schon in mehreren Wahlkreistagen vorgeschlagen und diskutiert wurde, kam auch hier wieder zur Sprache: Die Abschaffung des Bildungsföderalismus. Bildung müsse „zur Chefsache werden, weil es Zukunft bedeute“, so ein Teilnehmer. Die Teilnehmenden forderten, die Mittel des Bundes und der Länder besser miteinander zu koordinieren und Antragsverfahren zum Abruf von Mitteln zu vereinfachen. Das Ziel sollte sein, deutlich mehr Geld in Personal, Gebäude und digitale Infrastruktur zu investieren. Auch sollte der Quereinstieg von geeigneten Menschen mit pädagogischer Vorbildung als Lehrkraft erleichtert werden.

Es gab einige Bereiche, bei denen die Teilnehmenden die Verantwortung auch bei sich sahen. Als Beispiele dafür wurden das Programm „Schüler helfen Schülern“, bei dem Schüler:innen ehrenamtlich jüngere bei den Hausaufgaben unterstützen oder als Streitschlichter aktiv sind. Aber es gebe auch Grenzen des Engagements. Als Beispiel wurden private Fördervereine für Familien angeführt, die deren Kinder bei der Finanzierung von Klassenfahrten unterstützen, während dies doch eigentlich Aufgabe des Staates sei.

Auf die Bitte um Stellungnahme zu den Vorschlägen und seinem eigenen Beitrag antwortete zunächst Janosch Dahmen, dass er einen erleichterten Quereinstieg in den Lehrberuf befürworte. Zum Thema Finanzierung erläuterte er in Grundzügen, wie Bund und Länder im Bildungsbereich zusammenarbeiten. So müsse der Bund insbesondere in den Ausbau digitaler Netze und Infrastruktur investieren, denn das liegt in seinem Aufgabenbereich. Zentral für die Finanzierung sei hier die in der Koalition geführte Auseinandersetzung um die Frage, wie viele Schulden dafür gemacht werden sollten.

Zur Kritik am Bildungsföderalismus äußerte sich Katrin Helling-Plahr, sie sei bereit, Schulen über den Bundeshaushalt zu finanzieren. Dies sei aber eine politisch höchst kontrovers geführte Debatte. Sie sprach sich für eine Stärkung der Autonomie von Schulen aus, damit diese freier über ihr Budget entscheiden könnten.

Als Mitglieder der Regierungskoalition nannten beide auch Vorhaben der Ampel, bspw. die geplante Fortführung des Digitalpakts, der die Digitalisierung in Schule fördern, sowie dem kürzlich gestarteten Startchancen-Programm, welches Schüler:innen aus sozial herausfordernden Lagen Perspektiven durch Bildung ermöglichen soll. Prinzipiell zeigten sich beide offen für eine Umgestaltung des Bund-Länder-Verhältnisses. Denn derzeit sei teilweise unklar, wer für was verantwortlich ist bzw. sein sollte. Möglicherweise können man von einem Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern zu einem Kooperationsgebot kommen.



3.5 Abschlussrunde (Auszug)

Der Tag wurde mit einer Feedback- und Reflexionsrunde sowie Informationen zum weiteren Verlauf des Projektes und zum langfristig angelegten Wahlkreisrat abgeschlossen. Die beiden digital hinzugeschalteten Abgeordneten verabschiedeten sich nach dem inhaltlichen Austausch. Hier ein paar Stimmen aus der Abschlussrunde:

„Ich habe mich sehr wohl gefühlt. Eigentlich wollte ich nur kommen und zuhören und dann war ich trotzdem ganz aktiv. Normalerweise gibt es immer Wortführer, die die Diskussion stark bestimmen, aber durch eure Moderation haben wir gemeinsam etwas erschaffen können.“

„Ich war das erste Mal bei so einer Veranstaltung, das war eine sehr positive Erfahrung. Ich würde mir wünschen, dass auf mehreren Ebenen solche Formate ausprobiert werden. Die Abgeordneten sollten jedoch mehr Redezeit erhalten.“

„Das war ein beeindruckender Tag: Wir haben sehr viele Themen behandelt. Unsere Fragen sind zwar nicht beantwortet worden, aber es hat Lust auf mehr gemacht und ich hätte Lust auf einen ganzen Tag mit Abgeordneten bzw. eine Weiterentwicklung des Formats.“

„Danke! Ich bin auch eigentlich hergekommen, um es mir nur anzuhören, als passives Mitglied quasi, das hat aber nicht funktioniert. Mist!“ *(lacht)*

„Ich kann mich nur anschließen, ich fand es sehr interessant. Aber auch ein bisschen zu kurz. Wir haben 30 Meinungen, Geschichten, Lebensrealitäten – vielleicht braucht es dafür ein ganzes Wochenende? Ich würde auf jeden Fall mitmachen.“

„Mich haben die vielen Meinungen so beeindruckt. Ich konnte mich gar nicht entscheiden zwischen den interessanten Themen, die dann alle wieder zueinander und ineinander gehören. Ich möchte mich bei der Gruppe bedanken und bei der Moderation. Mit so einer guten Gesprächskultur war es leicht, sich sehr wohlfühlen.“

„Sehr viel Positives ist schon gesagt worden. Meine Frage ist: Was passiert mit unseren Ergebnissen? Werden die Themen aufgegriffen? Ein Vorschlag für das nächste Mal: Die Themen vorher an die Teilnehmenden austreuen, damit wir uns vorbereiten können. Das hätte ich gerne für die Runde mit den Politikerinnen gemacht.“

Büro Dahmen: „Wir freuen uns über das Format, weil hier keine homogene Gruppe zusammenkommt. Bei einer Gesellschaft, die sich immer weiter ausdifferenziert, ist so ein Format sehr wichtig für uns und die Gesellschaft.“

Büro Plahr: „Bildung, Migration und Rente – das sind Themen, bei denen die Abgeordneten wirklich Input brauchen. Ich möchte noch einmal alle motivieren, auf uns zu zukommen mit Themen.“

Büro Schisanowski: „Das Gute an dem Format ist, dass man miteinander sprechen kann, dass jung und alt zusammen kommen für den Erfahrungsaustausch. Auf politischer Ebene hoffe ich, das etwas von den Ergebnissen umgesetzt wird.“

4 Ausklang und „Wie geht es weiter?“

Der Wahlkreistag im Wahlkreis Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I am 04. November 2023 mit 28 Teilnehmenden und den Bundestagsabgeordneten Katrin Helling-Plahr (FDP) und Janosch Dahmen (Bündnis 90/Die Grünen) stieß insgesamt auf sehr positive Resonanz.

Der hohe Anteil der Teilnehmenden, die sich am Ende für eine Weiterarbeit im längerfristig angelegten Wahlkreisrat entschieden, sowie das positive Feedback aus der Abschlussrunde zeigen, dass der Tag von vielen als gewinnbringend erlebt wurde.

Am Ende des Tages blieben einige Teilnehmende noch vor Ort, um sich mit dem Team, einem Journalisten von Radio Hagen, sowie Timo Schisanowski (SPD) zu unterhalten, der aufgrund einer Parallelveranstaltung im Wahlkreis erst zum gemeinsamen Ausklang bei Snacks und Getränken hinzustoßen konnte.



© Ralf Schaepe, Radio Hagen

Den Artikel zum Wahlkreistag können Sie [hier nachlesen](#) und den Mitschnitt, der im Radio Hagen lief, haben wir [auf unserer Website](#) zur Verfügung gestellt.

Impressum

Herausgeber: Es geht LOS, Wrangelstraße 22, 10997 Berlin

eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg als

Demokratie Innovation e.V. unter VR 36580, Vorstand: Katharina Liesenberg (1. Vorsitzende), Jonas Beuchert (Stellvertreter), Dr. Joachim Haas (Finanzbeauftragter)

Autor: Paul Naudascher

Veröffentlichung: Dezember 2023